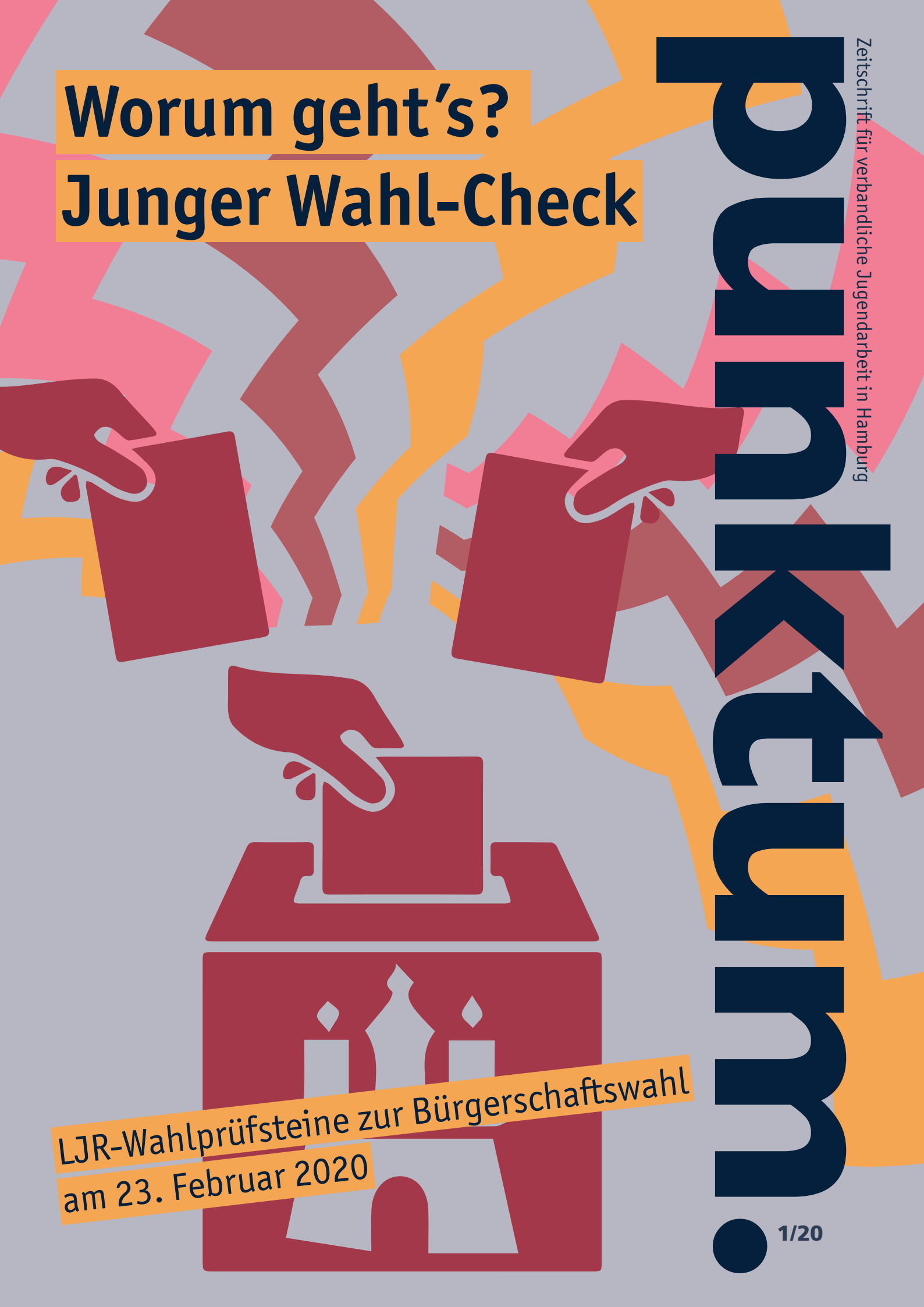
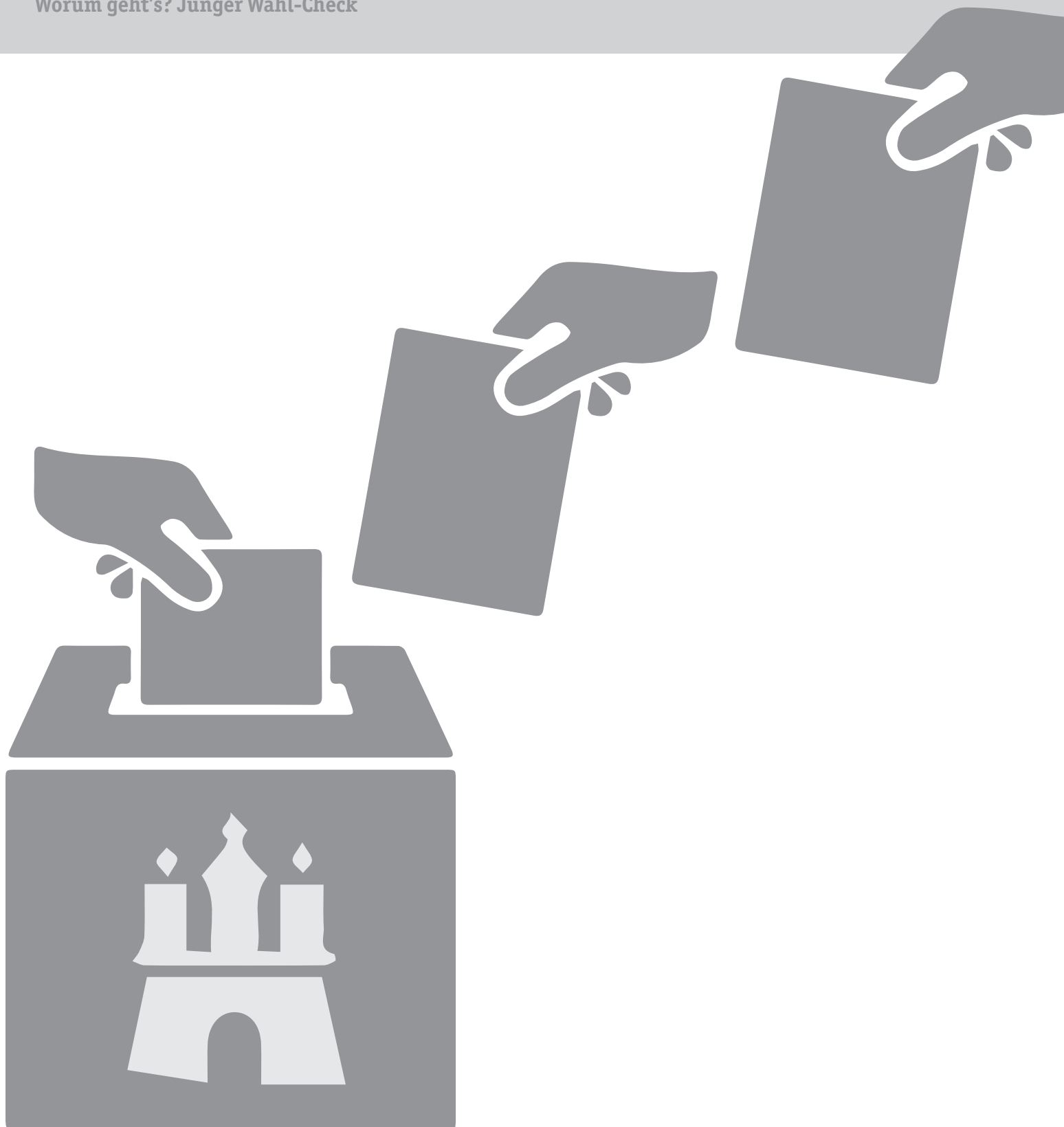


Worum geht's? Junger Wahl-Check

Politikturnier

LJR-Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl
am 23. Februar 2020





Warum Wahlprüfsteine?

Wer die Wahlprogramme der Parteien durchschaut, findet wenig Programmatisches zum Thema Jugend als Frage einer eigenständigen Jugendpolitik. Gewiss, Themen wie Schule, Ausbildung, Studium oder etwa Jugendkriminalität werden mehr oder weniger prominent in den Programmen behandelt. Eine eigenständige Ansprache an die Jugendgeneration

fehlt jedoch parteiübergreifend. Dabei dürfen bei der Bürgerschaftswahl bereits die 16-Jährigen wählen.

Um diese Leerstelle zu füllen, hat der Landesjugendring Hamburg den fünf größten Bürgerschaftsfraktionen sechs Wahlprüfsteine zur Beantwortung vorgelegt. Und dabei viel Raum gegeben, um differenziert antworten zu

können. So finden sich in den Antworten der Parteien zu unseren Wahlprüfsteinen von »Politik für Junge Menschen« über »Kinderrechte ins Grundgesetz« oder »Armut von Kindern und Jugendlichen« bis hin zur »Jugendbeteiligung« mehr eindeutige Positionierungen, als in den Wahlprogrammen stehen.

Junger Wahlcheck: Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl

Sechs Fragen an fünf Parteien*

Stichwort: **Politik für junge Menschen: Welche Maßnahmen wird ihre Partei in den nächsten fünf Jahren ergreifen, um die Lebensbedingungen von jungen Menschen spürbar und nachhaltig zu verbessern?**

SPD: In Hamburg sollen junge Menschen gut leben, lernen und arbeiten können. Wie in unserem »SPD-Regierungsprogramm 2020 – 2025« beschrieben, haben wir ein Bauprogramm für moderne, großzügige und klimagerechte Schulen. Wir bieten guten Unterricht für das Lernen in der digitalen Welt. Hamburg ist ein Zentrum angewandter Forschung mit besten Studienbedingungen und Arbeitsbedingungen für die beste Wissenschaft. Den »Hamburger Nachweis« für freiwilliges Engagement als Kompetenznachweis werden wir bekannter machen und weiterentwickeln. Er soll künftig bei Bewerbungen von öffentlichen und privatwirtschaftlichen Stellen anerkannt werden.

Die Jugendberufsagentur wollen wir öffnen und die erfolgreichen Strukturen so weiterentwickeln, dass auch über 25-Jährige davon profitieren können, wenn diese sich beruflich neu orientieren wollen oder müssen.

Wir investieren in Digitalisierung und Hochschulbau. Wir haben Räume für Soziales und Kultur, für kulturelles Leben und künstlerische Freiheit. Hamburg ist Innovations- und Gründerstandort, um auch langfristig gute Arbeitsplätze für die kommenden Generationen zu erhalten. Dazu gehören auch der Wohnungsneubau für bezahlbare Mieten, inkl. städtischem und genossenschaftlichem Wohnen sowie Azubiwohnheime. Wir stärken Hamburg als Fahrradstadt, und wir bauen den ÖPNV, also das Schnellbahn- und Bussystem aus. Wir wollen ein HVV-Jugendticket für 365 Euro im Jahr schaffen und für Schülerinnen und Schüler schrittweise ein kostenloses HVV-Schülerticket einführen. Der Breitbandausbau geht voran, um der Digitalisierung als Treiber für Innovationen gerecht zu werden.

Bündnis 90 / Die Grünen: Wenn Hamburg wächst, muss auch die soziale, sportliche und kulturelle Infrastruktur mitwachsen! Wir wollen Schulen, Angebote für Kinder und Jugendliche, aber auch für Azubi- und Jugendwohnungen sowie ausreichend Sportstätten und Kitas von Beginn an mitplanen, wenn neue Stadtteile entstehen oder wenn nachverdichtet wird. Die harte Dreiteilung

des Lebens in Ausbildung, Arbeit, Rente/Freizeit wollen wir aufbrechen. Noch immer werden viele Menschen durch ihre Arbeitsbelastung krank, weil sich die verschiedenen Lebensphasen nicht gut mit dem Job vereinbaren lassen. Junge Menschen sollten nicht mehr unter so starkem Zeitdruck lernen wie bisher, da sie ein langes Arbeitsleben vor sich haben. Menschen in der »Rushhour des Lebens« sollten sich Auszeiten nehmen können, um Beruf, Kinder, Pflege der Eltern und Familie vereinbaren zu können.

Wir GRÜNEN stehen für ein leistungsstarkes und chancengerechtes Bildungssystem, das alle Kinder, Jugendliche, Studierende, Auszubildende und anderweitig Lernende – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Beeinträchtigung, Sexualität, Religion oder Weltanschauung, Alter und unabhängig vom Einkommen der Eltern oder Partner*innen – bestmöglich fördert, ermutigt und stärkt. Wir unterstützen die Vereinten Nationen in dem Ziel, allen Menschen »Bildung für nachhaltige Entwicklung« (BNE) zu ermöglichen. Hinter dem Begriff steckt eine weitreichende Zusammenführung vieler bildungspolitisch relevanter Ziele zu einem ganzheitlichen Konzept: Bildung für nachhaltige Entwicklung befähigt Lernende, informierte Entscheidungen zu treffen und verantwortungsbewusst zum Schutz der Umwelt, für eine gerechte Gesellschaft und für aktuelle und zukünftige Generationen zu handeln und dabei die kulturelle Vielfalt zu respektieren.

Hamburg hat seine Jugendarbeit für Lesben, Schwule, Bisexuelle, sowie für trans*, inter* und nicht-binäre Menschen fortlaufend verbessert. In den kommenden Jahren wollen wir Jugendwohnungen im Rahmen von Hilfen zur Erziehung und nach Sozialgesetzbuch VIII einrichten, damit es auch einen Lebensort gibt, wenn die Eltern die sexuelle Ausrichtung oder Geschlechtsidentität des Kindes nicht akzeptieren und dies in der Folge zu Kindeswohlgefährdung führt. Wir wollen, dass queere Kinder und Jugendliche an Schulen Stellen zur Unterstützung bekommen und dass Schulen Materialien und Informationen zur Sensibilisierung bezüglich nicht binärer Geschlechter zur Verfügung gestellt bekommen.

CDU: Es ist uns wichtig, jungen Menschen und ihren Familien mehr Wertschätzung entgegenzubringen und die Stadt Hamburg zu einem attraktiven Umfeld für Kinder und Jugendliche zu entwickeln. Wir wollen die vom SPD-Senat vorgenommene Kürzung der offenen Kinder- und Jugendarbeit zurücknehmen und durch eine zugesicherte Übernahme von Tarifverträgen für den Zuwendungsbereich eine auskömmliche Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe erreichen. In einer wachsenden Stadt mit einer steigenden Einwohnerzahl müssen auch mehr Einrichtungen für Kinder und Jugendliche geschaffen werden.

Wir wollen zudem sicherstellen, dass zusätzlicher Wohnraum nur noch zusammen mit der notwendigen sozialen Infrastruktur errichtet wird. Der zusätzliche Platz für Schulen, Kinderbetreuung, Sportplätze und Orte der Begegnung wie Nachbarschaftszentren muss bei der Ausweisung von Bauland berücksichtigt werden. Die soziale Infrastruktur soll zeitgleich mit dem Wohnprojekt fertiggestellt werden. Auch diese Punkte tragen zu besseren Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen bei. Hierzu gehören auch Bolz- und Spielplätze. Die vorhandenen Spielorte befinden sich häufig in einem schlechten baulichen und pflegerischen Zustand. Marode Spielgeräte bergen auch Sicherheitsrisiken. Mithilfe von Patenschaften, neuen Finanzierungsmöglichkeiten und innovativen Formen der Beteiligung von Kindern an der Gestaltung werden wir mehr Orte zum Spielen, Toben und Bewegen schaffen.

DIE LINKE: Die Partei DIE LINKE will in der kommenden Wahlperiode vor allem Kinderarmut bekämpfen und die kommunale Infrastruktur stärken.

Hamburg wächst um jährlich 30.000 Menschen. Inzwischen leben hier knapp 1,9 Millionen Menschen, darunter fast 310.000 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre. Jedes fünfte Hamburger Kind unter 15 Jahre lebt in Familien mit Hartz IV-Bezug. Allein im Bezirk Hamburg-Mitte trifft es auf jedes dritte Kind zu. Insgesamt 53.648 Kinder sind es landesweit. Die Stadt weist 47 Baugebiete mit

* Die Sortierung der Antworten erfolgte nach dem Schema Regierung / Opposition und sodann nach der Größe der Parteien bei der letzten Bürgerschaftswahl.

Die jeweilige Gender-Schreibweise in den Antworten wurde übernommen – und weicht daher je nach Partei voneinander ab.

jeweils mehr als 500 Wohneinheiten auf. Doch was nicht mitwächst, ist die Zahl der Kinder- und Jugendeinrichtungen, vor allem im offenen Bereich. Von ehemals 278 Einrichtungen vor der Kürzungswelle im Jahr 2012 und weiteren Schließungen seit 2015 sind noch 253 übrig geblieben. In fast allen Neubaugebieten mit über 500 sind keine neuen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mitgedacht und mitgeplant worden. Gleiches gilt für die Einrichtungen der Familienförderung und der Jugendsozialarbeit!

DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Richtlinie, wonach in Neubaugebieten mit mehr als 500 Wohnungen Angebote der Kinder- und Jugendsozialarbeit zu schaffen sind. Dies wäre zudem in sozial benachteiligten Stadtteilen ein kleiner kompensatorischer Beitrag gegen die Verfestigung von Armut.

Die Einrichtungen der offenen Arbeit und die Kinder- und Familienzentren haben trotz des Ausbaus der Ganztagsbetreuung in den Schulen eine bedeutende Funktion. Sie bieten Kindern

und Jugendliche informelle, selbstbestimmt und gemeinschaftlich zu nutzende und zu gestaltende Bildungs-, Handlungs- und Erfahrungsspielräume. Außerdem entlasten sie im Alltag die Familien. Gerade benachteiligte Kinder, Jugendliche und Eltern können dort auf vielfältige Weise neue, qualifizierte und anregende Handlungsmöglichkeiten erproben sowie ihre soziale Isolation überwinden. Hier erhalten sie Hilfe und lernen, sich selbst zu helfen und einander zu unterstützen.

DIE LINKE fordert den Aus- und Neubau von Einrichtungen der offenen Arbeit und eine auskömmliche finanzielle und personelle Ausstattung, insbesondere die regelhafte Refinanzierung von Tarifierhöhungen und einen Inflationsausgleich. Der Mindeststandard sollte zwei Vollzeitstellen betragen. Wir werden uns für den Bau weiterer Kinder- und Familienzentren einsetzen.

DIE LINKE wird sich im Bund weiterhin für eine Kindergrundsicherung einsetzen. Hier wissen wir uns einig mit den Wohlfahrtsverbänden. Wenigstens 564 Euro müssten gezahlt werden. Kinderarmut ist auch Elternarmut. Deshalb muss es neben vielen arbeitspolitischen Maßnahmen auch die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro die Stunde und eine armutsfeste Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro geben!

DIE LINKE tritt dafür ein, auswärtige Unterbringung schrittweise zu reduzieren und lehnt die geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen ohne Wenn und Aber ab.

In der Entwicklung des Menschen sind die ersten Jahre besonders wichtig. Kleinkinder wollen nicht nur mit ihren Eltern zusammen sein, sondern auch mit anderen Kindern spielen und die Welt entdecken. In dieser Gemeinschaft lernen sie, sich als soziales Wesen zu verstehen und zu entwickeln. Es gibt einen Rechtsanspruch für einen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr und eine gebührenfreie Betreuung der Kinder für täglich fünf Stunden einschließlich eines kostenlosen Mittagessens. Doch Eltern mit Gutscheinen für fünf Stunden Betreuung suchen oft sehr lange nach einer Kita, die ihre Kinder annimmt, weil diese Gutscheine für die Kitas nicht kostendeckend sind. Besonders trifft das Familien im Arbeitslosengeld II-Bezug, Flüchtlingsfamilien oder Migrant_innenfamilien, bei denen ein Elternteil ohne Erwerbsarbeit ist. Es fehlen Plätze und es fehlt Personal.

Das Kita-Netzwerk Hamburg setzte die Volksinitiative zur Verbesserung des Personalschlüssels in Hamburger Kindertageseinrichtungen mit Unterstützung der Partei DIE LINKE durch. Bessere Betreuungsschlüssel erhöhen die Bildungschancen der Kinder, denn sie bedeuten mehr Zeit für jedes Kind und bessere Arbeitsbedingungen für die pädagogischen Fachkräfte.

Derzeit liegt die Fachkraft-Kind-Relation in den Krippen bei 1:7,5 und wird sich geringfügig auf 1:7 senken. Wir treten jedoch für ein Verhältnis



von 1:3 ein, was von Expert_innen seit längerer Zeit gefordert wird. Leider kam der Senat der Initiative in einigen Punkten nicht entgegen. So werden beim Personalschlüssel Ausfallzeiten (Krankheits-, Urlaubs-, Fortbildungs- und sonstigen Ausfallzeiten) und Zeiten für mittelbare Pädagogik nicht wie gefordert einberechnet (Vor- und Nachbereitung, Dokumentation, Beobachtungen, Elternarbeit, Anleitungen von Praktikant_innen). Hier fordert die Partei DIE LINKE eine Nachbesserung!

Langfristig fordert DIE LINKE gebührenfreie, aus Steuern finanzierte Ganztagsplätze für alle Kinder. Als ersten Schritt setzen wir uns für ein kostenloses Frühstück in allen Kindertagesstätten ein.

Der Fachkräftemangel darf nicht zur Absenkung der Qualität der Ausbildung führen. Erweiterte Zugänge müssen zu verbesserten Ausbildungsbedingungen an den Fachschulen führen. In der Ausbildung soll ein steuerlich finanziertes und bedarfsgerechtes Ausbildungsgehalt gezahlt werden, das auch die örtlich erhobenen Mietkosten berücksichtigt. So kann vermieden werden, dass die Auszubildenden sich nicht verschulden oder die Ausbildung abbrechen müssen.

Grundsätzlich fordern wir ein einheitliches und transparentes Tarifsystem für die Erzieher_innen, Sozialarbeiter_innen und Sozialpädagog_innen und eine Aufwertung der Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst, um den Beruf attraktiver zu machen. Tarifierhöhungen müssen verbindlich und sofort bei der Aufstellung des Landeshaushalts berücksichtigt und eingestellt werden. Bisher erreichen Tarifierhöhungen die im Sozial- und Erziehungsdienst beschäftigten Menschen erst mit großer Verzögerung. Bei Arbeitsplatzwechsel sind die Arbeits- bzw. Dienstzeiten anzuerkennen!

FDP: Durchlässigkeit der Bildungswege ermöglichen: Nicht alle Kinder und Jugendliche entwickeln sich mit gleicher Geschwindigkeit. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass sie jeweils die Schulform besuchen, die für ihre Bedürfnisse die besten Bildungsangebote vorweist. Die Wahl einer weiterführenden Schule soll durch unverbindliche Selbsttests und Empfehlungen durch Lehrer vereinfacht werden, zudem soll der Wechsel zwischen den Schulformen Gymnasium und Stadtteilschule an geeigneten Zeitpunkten in beide Richtungen vereinfacht werden. Dafür bedarf es besser abgestimmter Lehrpläne und einer unbürokratischen Wechselhilfe. Damit soll ebenso ein unbürokratischer Wechsel von Schülern aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland in das Hamburger Schulsystem ermöglicht werden.

Mobbing entgegentreten: Mobbing ist ein ernstes Problem für die Persönlichkeitsentwicklung vieler Kinder und Jugendlicher. Das Aufkommen von Cybermobbing ist in den letzten Jahren zu einem

zunehmenden Problem an Schulen geworden. In der Lehrerbildung und -fortbildung muss dieses Thema einen höheren Stellenwert erhalten. Wichtig ist, dass Betroffene Ansprechpartner haben, an die sie sich vertrauensvoll wenden können und die auf eine professionelle Lösung des Problems hinwirken können. Erste Hilfe und der Fingerzeig zu einem Experten können zum Beispiel über eine entsprechende Hotline erfolgen. Zudem rufen wir die Schulen dazu auf, selbst ein Anti-Mobbing-Bekennnis mit ihren Schülern zu entwickeln sowie als Kodex der Schule zu vereinbaren und zu leben.

Handwerk – die Wirtschaftsmacht von nebenan stärken: Das Handwerk leidet daran, dass es im Vergleich zu einer akademischen Ausbildung für viele junge Menschen als unattraktiv und zu traditionell gilt. Es wäre daher sowohl für die bestehenden Betriebe als auch für die Jugendlichen ein Vorteil, wenn das Handwerk eigene Expertenlaufbahnen, wie etwa Smart-Home-Designer, 3-D-Druck-Spezialisten oder Drohnentechniker entwickelt.

Ausbildung bis zum Abschluss: Zahlreiche Ausbildungsplätze können nicht besetzt werden, während gleichzeitig viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden. Wir wollen den Übergang von der Schule in den Beruf vereinfachen, indem die Berufsorientierung in den Schulen massiv verbessert wird. Wir Freie Demokraten brechen mit der Erwartung, jeder müsse studieren und wollen Abiturienten gezielt für Ausbildungsberufe werben. Für viele kleinere Betriebe ist es schwierig, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Wir möchten sie unterstützen, Ausbildungskooperationen einzugehen. Um die Zahl der Ausbildungsabbrüche zu reduzieren, wollen wir zur Prävention die Einführung von Praelab (onlinebasiertes Frühwarnsystem für Ausbildungsabbrüche) in einer Auswahl Hamburger Berufsschulen einführen und nach einem Zeitraum von zwei Jahren auf seine Wirksamkeit evaluieren.

Geschlossene Unterbringung vermeiden: Für Jugendliche in besonders schwierigen Problemlagen muss es Möglichkeiten zu einer intensiven Betreuung geben. Wir treten dafür ein, die auswärtige Unterbringung schrittweise zu reduzieren. Die Erziehung von Kindern und Jugendlichen kann am besten in Freiheit gelingen. Geschlossene Systeme neigen hingegen zu Zwangsmaßnahmen, Isolierung und Entmündigung. In Hamburg benötigen wir mehr Gästewohnungen und die Stärkung der Koordinationsstelle für die individuelle Unterbringung. In mehr als 100 Fällen hat diese Stelle Alternativen entwickelt und Kindern und Jugendlichen sowie ihren Familien andere Perspektiven geboten. Geschlossene Unterbringung wurde so in vielen Fällen vermieden.

Frühe Hilfen: Vorsorgende und aufsuchende Sozialarbeit leistet einen unschätzbaren Beitrag für das gute Aufwachsen von Kindern und

Jugendlichen aus Familienverhältnissen, die durch zahlreiche Herausforderungen geprägt sind. Lotsendienste, Familienhebammen und zahlreiche weitere Angebote freier Träger leisten in diesem Bereich eine hervorragende Arbeit. Wir wollen diese Angebote besser fördern und den Anbietern eine größere Planungssicherheit geben. Um Eltern von Kindern, die von Hilfsangeboten profitieren können, besser zu erreichen, wollen wir Kindertageseinrichtungen zu Orten familiärer Bildung und Beratung weiterentwickeln.

Offene Kinder- und Jugendarbeit: Die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) hat eine wichtige Funktion, denn Kinder und Jugendliche können ihre Freizeit dort selbstbestimmt und weitgehend selbstorganisiert gestalten. Gerade Kinder aus gefährdeten Familien brauchen die OKJA, um Selbstbewusstsein und Stärke zu entwickeln, um sich gegen Gewalt und Vernachlässigung in der Familie wehren zu können.

Weitere Kürzungen in diesem Bereich lehnen wir daher ab. Gleichwohl müssen die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit auf die sich verändernde Schullandschaft reagieren. Kooperationen zwischen Schulen und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in ihrer Nachbarschaft möchten wir fördern. Wir wollen die Bedarfe der OKJA evaluieren und so ausrichten, dass mindestens 10% der Kinder und Jugendlichen von den Angeboten erreicht werden.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen: Kinder und Jugendliche sind Experten für ihre eigenen Interessen und Lebenslagen. Wir möchten eine bessere und regelhafte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Bezirken bei allen Fragestellungen, die ihr Leben direkt betrifft. Dies stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirkt Politikverdrossenheit aktiv entgegen.

Bedarfsgerechte Erweiterung der Sportfläche: Im Zeitraum von 2013 bis 2018 sank die Gesamtsportfläche in Hamburg um rund 50.000 m², dies entspricht einem Rückgang von 1,3%. Im gleichen Zeitraum wuchs die Hamburger Bevölkerung um rund 100.000 Personen, dies entspricht einem Zuwachs von 5,8%. Die FDP setzt sich gegen den Rückgang der Gesamtsportfläche in Hamburg und für eine bedarfsgerechte Erweiterung der Sportflächen mit Blick auf das Bevölkerungswachstum ein, damit insbesondere auch für Kinder und Jugendliche eine ausreichende Versorgung mit Sportflächen sichergestellt ist.

Stichwort : **Klimaneutralität**: Welchen Beitrag soll Hamburg bei der Begrenzung des Anstiegs der Erderwärmung leisten?

SPD: Gemeinsam mit allen Hamburgerinnen und Hamburgern wollen wir unsere Stadt zu einer Modellstadt für Gründungen und Klimaschutz machen. Seit 2011 sind dafür die Grundsteine gelegt worden, indem wir die Verkehrswende eingeleitet, Unternehmen der Erneuerbaren Energien nach Hamburg geholt und gemeinsam mit der Industrie den Weg in eine klimafreundliche Produktion vorgebracht haben. Wir haben darüber hinaus die Ausweitung des Landstroms im Hafen, die Förderung von Gründächern und die Ausweitung von Flächen für die Windenergie auf den Weg gebracht. Seit 2012 haben wir die CO₂-Emissionen in Hamburg jedes Jahr verringert.

Wir wollen verbindliche Klimaziele, die von Politik, Gesellschaft und Unternehmen getragen werden. Wir setzen uns bewusst das erst kürzlich erhöhte ambitionierte Ziel, bis 2030 den CO₂-Ausstoß gegenüber 1990 um 55 % zu reduzieren. Und

wir trauen uns zu, Hamburg bis 2050 klimaneutral zu gestalten.

Wir werden die Eckpunkte unserer Klimaschutzstrategie in einem Klimaschutzgesetz festschreiben und einen Klimabeirat einrichten.

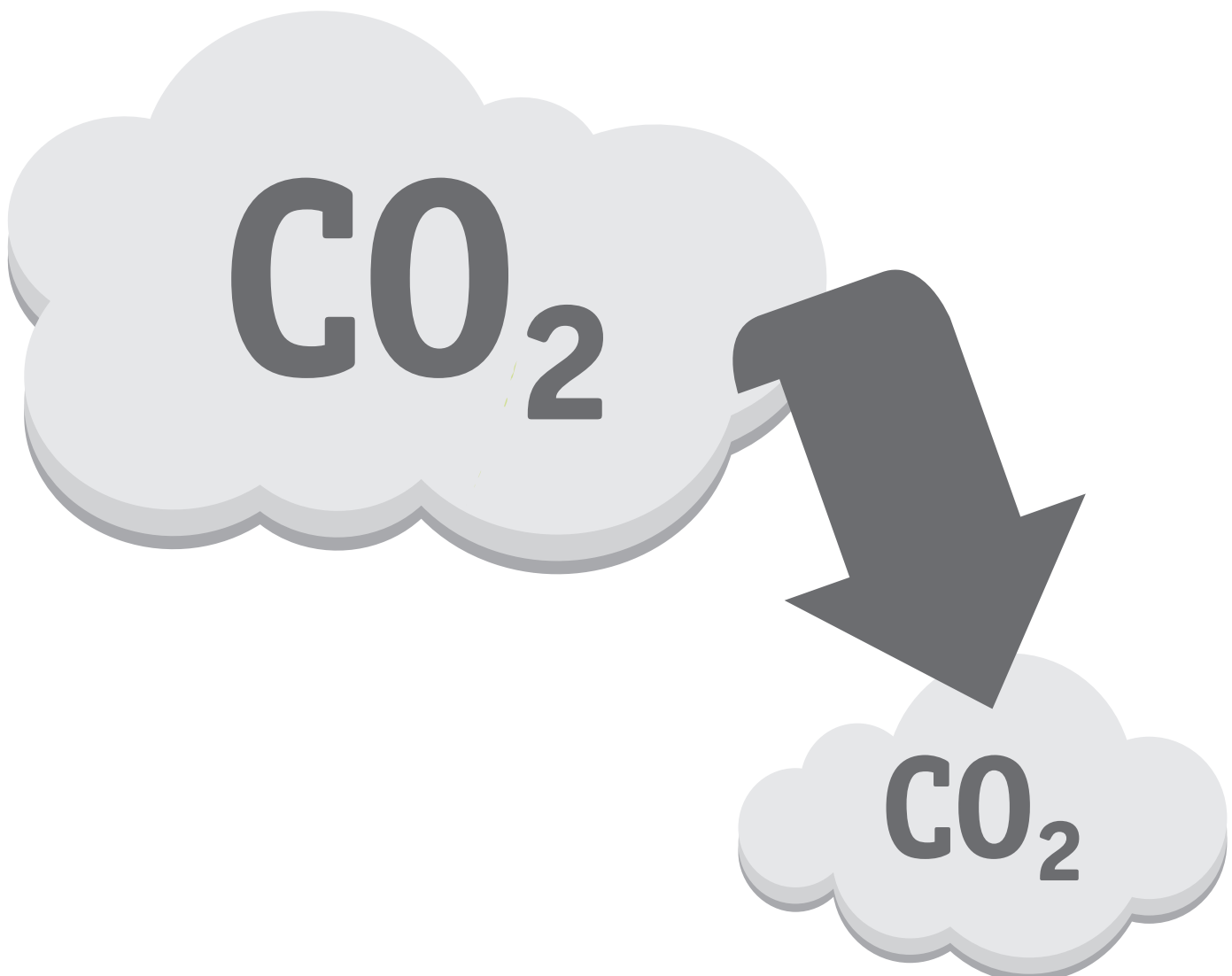
Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es wichtig, auf dem Weg zur Klimaneutralität die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen und dabei die Wirtschaftskraft und gute Arbeitsplätze in unserer Stadt zu erhalten.

Wir wollen den Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaft sozialverträglich gestalten, damit alle Menschen eine Chance auf gute Arbeit haben. Klimaschutz soll nicht mit Verboten beginnen und mit Bürokratie verbunden werden, sondern einen produktiven Wettbewerb um die besten Ideen fördern.

Die Reduktion von CO₂-Emissionen schreitet in vielen Bereichen bereits voran. Im Verkehr, bei der

energetischen Sanierung von Gebäuden, aber auch in der Industrie liegen allerdings noch größere Schritte vor uns. Neben einer Veränderung des Verhaltens jedes Einzelnen liegt der zentrale Erfolgsfaktor für eine klimafreundliche Transformation im technologischen Fortschritt. Es nützt dem Klima insgesamt nicht, wenn moderne Betriebe aus der Stadt verdrängt und damit höhere CO₂-Belastungen an anderen Orten verursacht werden.

Gemeinsam mit den norddeutschen Ländern setzen wir auf die stärkere Nutzung der Windkraft und den Ausbau von grünem Wasserstoff. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für eine klimafreundliche Industrie und für klimafreundliche Kraftstoffe. Zusammen mit der Volksinitiative »Tschüss Kohle« verpflichten wir uns mit einem bundesweit vorbildlichen Kohleausstiegsgesetz, den Ausstieg unserer Fernwärme aus der Kohle bis 2030 abzuschließen.



Für die Erreichung der Klimaziele muss der energetische Standard der Gebäude in Hamburg verbessert werden. Wir werden dazu die Förderprogramme des Bundes in Anspruch nehmen und mit eigenen Maßnahmen ergänzen. Als Stadt wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen und den energetischen Standard der öffentlichen Gebäude verbessern.

Bündnis 90/Die Grünen: Die Erderwärmung zu begrenzen ist eine der wichtigsten Aufgaben, die wir gegenüber den kommenden Generationen haben. Deshalb muss sie als Ziel auch an der höchsten möglichen Ebene verankert werden: in der Hamburger Landesverfassung. Damit aus dem Ziel konkrete Schritte folgen, brauchen wir weitere Gesetze und Pläne. Hamburg ist gerade dabei, das fortschrittlichste Klimaschutzgesetz aller Bundesländer zu beschließen. Gemeinsam mit dem vom Senat gerade beschlossenen Klimaplan legt es fest, wie Hamburg bis 2050 klimaneutral werden soll. Mit dem Klimaschutzgesetz setzen wir neue Maßstäbe. Wir haben das Strom-, Gas- und Fernwärmenetz zurück gekauft und sind dabei, die städtische Fernwärme klimafreundlich umzubauen. Anbieter von Fernwärme müssen in Zukunft außerdem Pläne vorlegen, wie sie ihre CO₂-Emissionen senken wollen. Die Verwaltung verpflichtet sich zu klimaneutralem Handeln ab 2030.

Klar sind uns aber auch zwei weitere Dinge: Erstens werden wir auch nach dem Beschluss des Klimaschutzgesetzes weiter Wege suchen müssen, um die Klimaneutralität noch deutlich früher zu erreichen. Unser Zieljahr heißt 2035. Und zweitens kann Hamburg die Welt nicht alleine retten, auch wenn wir es gerne würden. Wir werden für den Klimaschutz z. B. verstärkt auf Strom aus erneuerbaren Energien setzen müssen. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass dieser auch tatsächlich zur Verfügung steht!

CDU: Um das Klimaziel für 2030 zu erreichen und die Treibhausmissionen um 55% zu verringern, hat die CDU ein Klimaschutz-Konzept erarbeitet, in dem wir 50 Maßnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern definiert haben. Hierunter fallen u. a. die Nutzung umweltfreundlicher und erneuerbarer Energie, der Erhalt des Stadtgrüns, der Einsatz innovativer Technologien, energetische Sanierung und Photovoltaik bei Gebäuden, eine intelligente Verkehrssteuerung sowie die Stärkung des ÖPNV, z. B. durch die MetroTramAltona, das 365-Euro-Ticket und dass Bahnen wochentags nachts durchfahren.

DIE LINKE: Klimaschutz, ausreichende Wohnraumversorgung, eine ökologische und soziale Verkehrsentwicklung, eine soziale und ökologische Entwicklung der Wirtschaftsstruktur – alles das muss integriert entwickelt werden, unter ernsthafter Beteiligung der Bevölkerung.

Klimaschutz als Teil von Umweltschutz geht nicht ohne Umweltgerechtigkeit. Wer wenig Geld zur Verfügung hat, lebt in Hamburg überwiegend in Bereichen, die wenig Grün haben. Von Belastungen durch Lärm und Luftschadstoffe sind in erster Linie diejenigen betroffen, die sich kein Häuschen im Grünen leisten können und keine Möglichkeit haben, sich den Umweltbelastungen zu entziehen. Deshalb fordern wir mehr Grünflächen in besonders belasteten Stadtteilen. Aufwertung von Grünflächen in Hamburg als Ersatz für den Wegfall anderer Flächen hilft den Menschen in den betroffenen Quartieren nicht weiter. Ziel muss ›Netto Null‹ sein: kein weiterer Verlust an unversiegelter Fläche in Hamburg. Statt immer mehr zu versiegeln, muss eine Entsiegelungsoffensive gestartet werden. Fangen wir mit dem ruhenden Verkehr an! Nehmen wir nicht länger hin, dass wertvolle städtische Flächen für die überdimensionierten Luxusbaracken der großen Supermärkte, umgeben von mindestens sportplatzgroßen Parkflächen, missbraucht werden. Parkplätze unter die Erde, mehrstöckige Nutzung der Gebäudeflächen und Nutzung der gewonnenen Flächen für öffentliches Grün: Parkplätze zu Parks! Auch kleinste Flächen, z. B. auf öffentlichen Plätzen, Parkplätzen oder in Höfen, sollten begrünt oder zumindest entsiegelt werden. Projekte des Urban Gardenings sind zu fördern. In den Bezirksämtern setzt DIE LINKE sich für einen Aus- und Umbau der Grünabteilungen ein. An der Begrünung der Stadt sollen auch die Quartiers- und Stadtteilbeiräte mitwirken.

Geeignete Dachflächen sollen für solarthermische Anlagen genutzt werden, die der Warmwasserbereitung und der Heizungsunterstützung dienen. Dadurch nicht genutzte Dachflächen sollen für Photovoltaik genutzt werden, wenn dies möglich ist. Gebäude der Stadt Hamburg und ihrer Unternehmen sollen vorbildlich energetisch saniert und großflächige, geeignete Dachflächen für solarthermische und Photovoltaik-Anlagen genutzt werden.

Der rasche Ausstieg aus der Kohle mit möglichst geringem Einsatz von fossilem Erdgas ist zwingend geboten und soll bis 2026 erfolgen. Eine Einfuhr von äußerst klimaschädlichem Fracking-Erdgas aus den USA muss verhindert werden.

Der Verkehr ist ein gesellschaftlich organisiertes System, das grundlegend umgebaut werden muss. Der öffentliche Personennahverkehr sollte rasch ausgebaut und die Preise gesenkt werden, damit viele Menschen das Auto stehen lassen können. Die LINKE will den Verkehr in der Stadt nach dem Vorbild von Kopenhagen radikal umbauen. Dort wird nicht mehr dem Autoverkehr, sondern Fuß, Rad, Bus und Bahn der Vorrang gegeben. Perspektivisch treten wir für eine autofreie Innenstadt bei kostenfreiem ÖPNV ein.

Flugverkehr will DIE LINKE radikal zurückdrängen. Flüge unter 600 km Entfernung soll es gar nicht

mehr geben. Es muss ein striktes Nachtflugverbot am Hamburger Flughafen zwischen 22 und sechs Uhr eingehalten werden.

FDP: Wir Freie Demokraten stehen zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015 und richten unser Handeln danach aus. Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Für uns Liberale steht nicht zur Debatte, ob ein wirksamer Klimaschutz stattfinden muss. Vielmehr wollen wir ihn ambitioniert und lösungsorientiert angehen. Unser Ziel ist es, Umweltbelastungen spürbar zu senken und zugleich die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt zu verbessern, insbesondere auch, um den nachfolgenden Generationen eine in jeder Hinsicht lebenswerte Stadt zu hinterlassen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass Maßnahmen zum Klimaschutz die Akzeptanz der Bürger voraussetzen.

Hierbei stellen wir uns optimistisch und mit aller Entschiedenheit jedweden Versuch der Instrumentalisierung über Schreckensszenarien oder dem Schüren von Ängsten entgegen. Wir wollen unbedingt eine Spaltung der Gesellschaft bei diesem Thema verhindern. Dabei konzentrieren wir uns auf Maßnahmen, die nachweisbare Effekte für die Umwelt haben und bei denen Kosten und Wirkung in einem vernünftigen Verhältnis zueinanderstehen.

Überzogene Klimaschutzmaßnahmen mit gravierenden sozialen Folgen müssen wir für die Hamburger Bürger durch höchst effiziente Klimaschutzmaßnahmen vermeiden.

Hamburgs Beitrag zum weltweiten CO₂-Ausstoß ist überschaubar. Wenn wir einen tatsächlich messbaren Effekt für die Verbesserung des Klimas erreichen wollen, wird dies nicht über Verbote und Einschränkungen gelingen. Hamburg bietet mit seiner ausdifferenzierten Forschungslandschaft und dem Exzellenzcluster CliSAP (»Integrated Climate System Analysis and Prediction«) hervorragende Bedingungen für die Erforschung neuer Technologien und Möglichkeiten, dem Klimawandel überall auf der Welt entgegenzuwirken. An dieser Stelle müssen wir massiv investieren.

Hierzu gehört auch die Förderung der Erforschung und praktischen Anwendung von Wasserstoff aus regenerativen Energien.

Auch der Hamburger Hafen muss sich aufgrund seiner Lage im Herzen einer Millionenmetropole in besonderer Weise den Herausforderungen von Umwelt – und Klimaschutz stellen. Das bedeutet insbesondere eine Optimierung des Angebots von Landstromanlagen und bessere internationale Koordinierung hierbei sowie den Einsatz von LNG – gestützten Energieversorgungslösungen für am Kai liegende Schiffe. Neue Monopole der Versorgung sind dabei zu vermeiden. Innovationen made in Hamburg – wie die Hummel und das PowerPack – müssen von der Politik zukünftig unterstützt und nicht behindert werden.

Stichwort : Kinderrechte ins Grundgesetz : Wie steht Ihre Partei zum kürzlich vorgestellten Entwurf der Bundesregierung?

SPD: Die Hamburger SPD hat maßgeblich darauf hingewirkt, dass die Forderung »Kinderrechte ins Grundgesetz« in den Koalitionsvertrag für die Bundespolitik zwischen SPD und CDU/CSU aufgenommen wurde. Seit Jahren kämpft die SPD in den Ländern und im Bund für dieses Ziel. Die Empfehlungen der mit unseren Stimmen eingesetzten Hamburger Enquete-Kommission »Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken« bekräftigen uns in dieser

Zielsetzung: Es hat sich gezeigt, dass die Perspektive der Kinder und ihre Bedürfnisse zu wenig im Mittelpunkt von Jugendhilfemaßnahmen stehen. Wir werden uns daher weiterhin dafür stark machen, dass Kinderrechte ins Grundgesetz kommen und die Perspektive von Kindern und ihr Wohl ausschlaggebend bei allen unseren Aktivitäten sind. In Bezug auf den Gesetzentwurf der Bundesregierung wünschen wir uns eine noch stärkere

Formulierung als im vorgelegten Entwurf vorgehen. Der Kindeswohlvorrang sollte als »wesentlich« aufgenommen werden. Die Formulierung zum rechtlichen Gehör ist für uns ebenfalls noch zu schwach. Auch wir wollen keinen Eingriff ins Erziehungsrecht der Eltern. Es sollte jedoch ein klar gefasstes Beteiligungsrecht von Kindern bei staatlichen Entscheidungen eingeführt werden. Wir werden die Bundesjustizministerin dabei nach Kräften unterstützen.

Bündnis 90/Die Grünen: Kinderrechte gehören ins Grundgesetz. Nicht nur hinkt unsere Verfassung bezogen auf die Stellung von Kindern der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hinterher. Auch nach der UN-Kinderrechtskonvention muss bei allen Angelegenheiten, die ein Kind betreffen, das Kindeswohl immer vorrangig berücksichtigt werden.

Die grüne Bundestagsfraktion hat bereits im Juli 2019 einen eigenen Gesetzentwurf vorgestellt (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910552.pdf>), der eine starke Formulierung enthält. In unserem Gesetzentwurf sind die Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention in Artikel 6 des Grundgesetzes (GG) ausdrücklich verankert und Kinder neben Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung gestellt.

Was in dem von der Bundesjustizministerin vor kurzem veröffentlichten Gesetzesentwurf steht, ist jedoch enttäuschend: Der Vorschlag sieht vor, Art. 6 GG einen neuen Absatz 1a hinzuzufügen, wonach jedes Kind das Recht auf Achtung, Schutz und Förderung seiner Grundrechte einschließlich seines Rechts auf Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit in der sozialen Gemeinschaft hat. Das Wohl des Kindes sei bei allem staatlichen Handeln, das es unmittelbar in seinen Rechten betrifft, »angemessen« zu berücksichtigen. Und jedes Kind habe bei staatlichen Entscheidungen, die seine Rechte unmittelbar betreffen, einen Anspruch auf rechtliches Gehör. Bei dieser Formulierung handelt es sich um reine Symbolpolitik, die keinerlei Mehrwert in Sachen Kinderrechte mit sich bringt.

Mit der Festlegung auf eine nur »angemessene« Berücksichtigung des Kindeswohls wurde der schwächste von drei Vorschlägen der Bundesländer-Arbeitsgruppe aufgegriffen. Man hat sich damit gegen die Alternativvorschläge für eine »wesentliche« oder gar »vorrangige« Berücksichtigung des Kindeswohls entschieden. So fällt der Entwurf hinter die Vorgaben der Kinderrechtskonvention zurück, die – wie bereits erwähnt – ausdrücklich vorsieht, das Kindeswohl



in den benannten Fällen stets »vorrangig« zu berücksichtigen. Dies könnte im Ergebnis sogar eine Schwächung der Kinderrechte zur Folge haben, denn der klare Impuls aus der UN-Kinderrechtskonvention droht, dadurch abgeschwächt zu werden. Zudem darf die Orientierung am Wohl des Kindes nicht auf einzelne Teilaspekte beschränkt werden. Sie muss vielmehr für alle Fragen und Probleme gelten, die Kinder insgesamt angehen. Und schließlich hat die Bundesjustizministerin die Rechte von Kindern auf Teilhabe auf die tatsächlich bereits vorhandenen Rechtsnormen zur Anhörung beschränkt. Erforderlich ist jedoch ein echtes Mitspracherecht von Kindern bei allen sie betreffenden, staatlich gelenkten Angelegenheiten. Jedes Kind hat Rechte – und unsere Verfassung ist ein guter Ort, um die Voraussetzungen für ein solches, kinderfreundliches Land zu schaffen. Allerdings nur, wenn die Kinderrechte dort tatsächlich stark gemacht werden. Der jetzige Vorschlag der Bundesregierung tut dies leider nicht.

CDU: Wir wollen Kinderrechte im Grundgesetz sichtbar machen, aber der Staat darf die Eltern nicht ersetzen wollen. Zumal die Rechte von Kindern bereits jetzt umfassend im Grundgesetz geschützt sind. Wenn wir, wie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart, Kindergrundrechte im Grundgesetz nun ausdrücklich und für jedermann verständlich verankern wollen, dann soll das zu einem Gewinn für die Kinder und ihre Anliegen werden,

aber keine Einmischung des Staates in Familien auslösen, wo sie nicht durch das Wächteramt geboten ist.

DIE LINKE: Wir begrüßen die generelle Bereitschaft der Regierungskoalition im Bund, Kinderrechte im Grundgesetz aufzunehmen. Als Partei DIE LINKE vertreten wir aber die Auffassung, dass mit der Aufnahme von Kinderrechten im Grundgesetz eine rechtliche Verbesserung gegenüber dem Status Quo hergestellt werden muss. Die wenigen Informationen, die bislang über die Vorhaben der Bundesregierung bekannt geworden sind, erwecken den Anschein, dass lediglich der Status Quo im Grundgesetz abgebildet werden soll. Das reicht nicht! Dies betrachten wir als Affront gegenüber all denjenigen, die sich seit nunmehr bald drei Jahrzehnten diesbezüglich engagieren.

Unsere Bundestagsfraktion hat daher einen eigenen Gesetzentwurf zur Aufnahme von Kinderrechten im Grundgesetz eingereicht, wonach in Artikel 6 ein neuer Absatz 2 eingefügt werden soll: »Alle Kinder und Jugendlichen haben das Recht auf Achtung, Schutz und Förderung einschließlich des Rechts auf Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit. Ihr Wohl ist bei allem staatlichen Handeln, das sie betrifft, zu berücksichtigen. Die staatliche Gemeinschaft trägt Sorge für altersgerechte Lebensbedingungen, beteiligt Kinder und Jugendliche bei allen staatlichen Entscheidungen, die sie betreffen und berücksichtigt ihre Ansichten angemessen.«

FDP: Die Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten von Kindern zu stärken, ist ein bedeutendes Anliegen für uns Freie Demokraten.

Die FDP steht einer Grundgesetzänderung und der Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz skeptisch gegenüber, weil wir sie für eine Symbolhandlung halten. Die ausdrückliche Normierung von Kinderrechten im Grundgesetz würde Kindern nicht automatisch mehr Rechte verschaffen, als ihnen jetzt schon von Verfassung wegen zustehen. Die Rechte von Kindern sind in Deutschland durch die Grundrechte verfassungsrechtlich abgesichert. Kinder sind wie Erwachsene selbstverständlich Träger der Grundrechte. Dem Kind kommen sowohl eigene Menschenwürde als auch ein eigenes Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit zu. Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) garantiert den Schutz von Kindern vor Gewalt und Vernachlässigung. Anerkannt ist auch der wichtige Anspruch von Kindern auf Pflege und Erziehung, der aus Artikel 6 Abs. 2 GG folgt. Auf der Grundlage von Artikel 6 GG hat das Bundesverfassungsgericht im Übrigen ein differenziertes, wohlaustariertes System der wechselseitigen Rechte und Pflichten im Dreiecksverhältnis Eltern-Kind-Staat entwickelt.

Die Orientierungskraft unserer Verfassung resultiert daraus, dass wir sie nur dann wirklich ändern, wenn wir auch aufzeigen können, dass damit echter Fortschritt verbunden ist, und nicht lediglich Symbolpolitik betrieben wird. Probleme beim Gesetzesvollzug löst man nicht mit Verfassungsänderungen.

Stichwort: **Beteiligung**: Wie wollen Sie die Beteiligung von jungen Menschen in Hamburg stärken und ausbauen?

SPD: Wir wollen die Beteiligung von jungen Menschen in Hamburg mit einem Jugendmitwirkungsgesetz stärken.

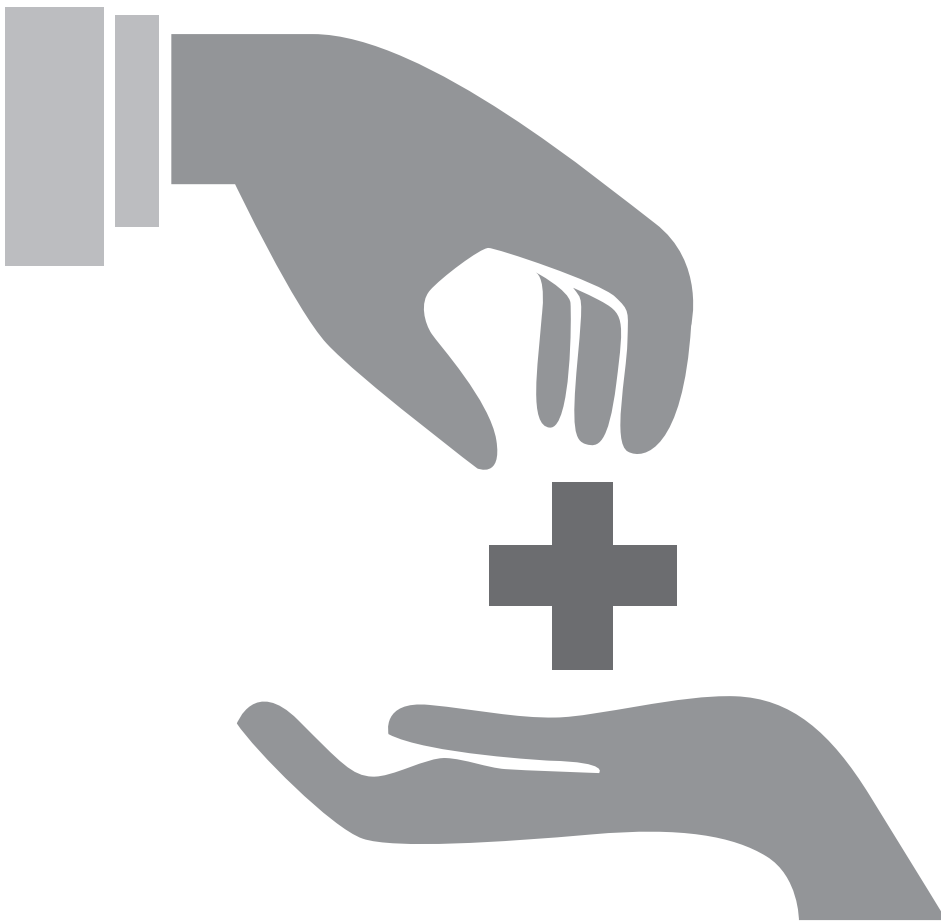
Die Beteiligung an und in unserer Stadtgesellschaft muss generationen-übergreifend vorgebracht werden – gerade in Zeiten des gesellschaftlichen Wandels. Deshalb wollen wir nach dem Vorbild des Seniorenmitwirkungsgesetzes ein ebenso vorbildliches Jugendmitwirkungsgesetz verabschieden, um die junge Generation noch verbindlicher an der Gestaltung der Zukunft der Stadt zu beteiligen.

Als Basis hierfür braucht eine stabile Demokratie gute politische Bildung. Die gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit – wie die wachsende gesellschaftliche Polarisierung, Radikalismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit – erfordern, dass wir besondere Anstrengungen unternehmen. Wir werden deshalb die Institutionen der politischen Bildung stärken.

Bündnis 90 / Die Grünen: Zu den Kinderrechten gehört auch das Recht auf freie Meinungsäußerung und Beteiligung an Entscheidungen. In den Hamburger Bezirken gibt es unterschiedliche Wege, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu organisieren, von denen auch oft Gebrauch gemacht wird. Wir GRÜNEN wollen mehr als Beteiligung, wir wollen das Recht auf Mitbestimmung. Deshalb fordern wir, bei den Bezirks- und Bürgerschaftswahlen das Wahlalter auf 14 Jahre abzusenken. Mit 14 ist ein Mensch strafmündig und der Gesetzgeber traut ihm zu, die Folgen seiner Handlungen so weit zu überblicken, dass er für diese Handlungen die strafrechtliche Verantwortung übernehmen muss. Mit 14 erlangt man in Deutschland auch die Religionsmündigkeit und darf entscheiden, ob und wenn ja, welcher Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft man angehören möchte. Wer diese Verantwortung tragen und so weitreichende Entscheidungen treffen kann, sollte auch

endlich eine eigene Wahlentscheidung treffen dürfen. Über die oben erwähnte »Bildung für Nachhaltige Entwicklung« [siehe Stichwort: Politik für junge Menschen – d. Red.] werden wir junge Menschen in alle Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse einbeziehen. Dies wollen wir z. B. durch ein neues Landesgremium wie das YouPan sicherstellen. Der Masterplan BNE soll zeitig umgesetzt sowie durch regelmäßige Evaluierung auf die Implementierung im gesamten Bildungssystem Hamburgs überprüft und gegebenenfalls erweitert werden. Kita-Kinder, Schüler*innen, Auszubildende und Studierende von heute sind die Gestalter*innen einer lebendigen Demokratie von morgen.

Wir wollen auch Kinder und Jugendliche viel mehr an der Entwicklung unserer Stadt beteiligen. Dafür müssen wir von unserer bisherigen Politik- und Verwaltungspraxis abweichen und neue Wege gehen: Z. B. können wir ein Barcamp dazu veranstalten, was Jugendliche sich für die Innenstadt



wünschen, oder mit attraktiven digitalen Angeboten mehr darüber erfahren, welche Ideen und Wünsche Kinder und Jugendliche für ihr Quartier haben.

Darüber hinaus möchten wir die demokratische Bildung und das demokratische Lernen an den Schulen stärken. Denn dies dient nicht nur einer formalen Vorbereitung auf die Wahlmündigkeit, sondern stärkt auch die aktive Teilhabe aller Bürger*innen an gesellschaftlichen Prozessen und damit die lebendige, demokratische Gesellschaft. In unseren Zielen orientieren wir uns an den Merkmalen demokratiepädagogischer Schulen. In allen Bildungsinstitutionen sollen die Möglichkeiten der Teilhabe von Lernenden und Eltern gestärkt und gefördert werden. Nur wenn Demokratie hier gelebt wird, hat demokratisches Lernen Erfolg. Dafür wollen wir entsprechende Strukturen schaffen, in denen Kinder und Jugendliche mit eigener Kompetenz und einem selbst verwalteten Budget selbst Entscheidungen treffen können. Auch eine individuellere Entscheidungsfreiheit der Schüler*innen über ihre Lernformen und -inhalte gehört für uns dazu.

CDU: Wir als CDU wollen insgesamt den Austausch über erfolgreiche Kinder- und Jugendbeteiligung zwischen den Bezirken fördern. Darüber hinaus wollen wir prüfen, welche formalisierten und verbindlichen Partizipationsformen etabliert werden können, die den Beteiligungs- und

Mitbestimmungsbedürfnissen der Kinder und Jugendlichen in Hamburg gerecht werden.

Auch werden wir innovative Formen der Beteiligung von Kindern an der Gestaltung von Bolz- und Spielplätzen etablieren, um wieder mehr Orte zum Spielen, Toben und Bewegen zu schaffen. Im Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Koalition im Bezirk Eimsbüttel wurde dies bereits so vereinbart.

DIE LINKE: Eine Neuausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe ist überfällig. Die bisher unternommenen Anstrengungen führen nicht selten an Bedarfen und Zielen auf Hilfe Angewiesenen vorbei. Dies ist nach Ansicht der Linken ein wesentliches Ergebnis der Enquetekommission »Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken«, die 2016 eingesetzt wurde. Zwei Jahre lang wurde die Hamburger Jugendhilfe auf dem Prüfstand gestellt. Im Abschlussbericht der Kommission wurden 70 Empfehlungen für eine Reform ausgesprochen. Das war ein großer Erfolg für die Partei DIE LINKE, die jahrelang diese Kommission gefordert hatte und letztlich durchsetzte. Auf das Jugendhilfesystem Pflaster aufzusetzen, wird nicht reichen. DIE LINKE will weniger Kontroll- und Dokumentationspflichten in der Jugendhilfe. Wir wollen stattdessen die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte von Kindern, Jugendlichen und Eltern stärken, uns für wirkungsvolle Maßnahmen zur Armutsbekämpfung stark machen und die Beziehungs- und Bindungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen in

den Vordergrund des pädagogischen und jugendamtlichen Handelns stellen. Dazu bedarf es weiter außerparlamentarischen Druck durch die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern.

Kinder- und Jugendrechte sind Rechte auf Beteiligung und Teilhabe: Wir werden uns in der kommenden Wahlperiode für ein Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz einsetzen, das Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern eine weitgehende Mitwirkung an der Jugendhilfeplanung gewährt. Sie sollen in ihren Quartieren gemeinsam mit den Einrichtungen, Vereinen und Institutionen über die Angebote entscheiden können. Dafür sollen auskömmlich ausgestattete, steuerlich finanzierte Budgets in rechenschaftspflichtiger Selbstverwaltung zur Verfügung gestellt werden. Hier gilt es unter anderem auch die Jugendverbandsarbeit und selbstorganisierte Jugendgruppen zu stärken.

Im Rahmen der Familienhilfeplanung, der Hilfen zur Erziehung, bei der Durchführung von Kriseninterventionen und bei Verfahren in den Familiengerichten müssen Kinder und Jugendliche konsequent und verbindlich beteiligt werden. Das ist selbst im Rahmen der bereits gegebenen gesetzlichen Regelungen umsetzbar. Es müssen größere Anstrengungen unternommen werden, um alle beruflich daran beteiligten Akteure besser aus- und weiterzubilden.

Zu den Ergebnissen der Enquete-Kommission gehört auch, das unübersichtliche Regelungs- und Richtliniengewirr in den Jugendämtern abzubauen und den Fachkräften im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) größere Handlungsspielräume zu geben, um das Kindeswohl zu sichern! Das Qualitätsmanagement nach DIN ISO 9001, die Jugendhilfeinspektion und der hohe Verwaltungsaufwand in der Fallarbeit, verursacht durch die untaugliche Software JUS-IT, gehören auf den Prüfstand. JUS-IT muss durch ein einfacheres fachliches Verfahren ersetzt werden. Fachkräfte brauchen mehr Zeit, um auf bedrohliche Situationen in Familien und auf ihre Bedürfnisse und Erwartungen einzugehen.

Wir fordern den Ausbau von quartierspezifischen Kollegien, in denen neben Fachkräften des ASD auch Kolleg*innen aus anderen sozialpädagogischen Einrichtungen und aus Schulen im Viertel/Stadtteil sich interdisziplinär, professionell und auf gleicher Augenhöhe über Handlungsschritte in Konfliktsituationen und bei Kindeswohlgefährdungen verständigen können. Hier gingen kollegiale Zusammenarbeit und Beratung Hand in Hand.

Wir brauchen in Hamburg mehr Krisenwohnungen und die Stärkung der Koordinationsstelle individuelle Unterbringungen. In mehr als 100 Fällen hat diese Stelle Alternativen entwickelt und ihnen und ihren Familien andere Perspektiven geboten. Geschlossene Unterbringung wurde so in vielen Fällen vermieden.

Bisher gibt es nur in Hamburg-Mitte eine Ombudsstelle. Wir setzen uns für unabhängige Ombudsstellen in allen Bezirken ein, die mit qualifiziertem Personal versehen werden müssen. Sie sollen den Familien als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, die Probleme haben im Umgang mit den Sozialen Diensten, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe oder mit einem gesetzlichen Vormund. Die Ombudsstellen sollen junge Menschen, Familien und Jugendliche bei der Verfolgung ihrer Leistungsansprüche und Beteiligungsrechte unterstützen.

FDP: Kinder und Jugendliche sind Experten für ihre eigenen Interessen und Lebenslagen. Wir möchten eine bessere und regelhafte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Bezirken bei allen Fragestellungen, die ihr Leben direkt betrifft. Dies stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirkt Politikverdrossenheit aktiv entgegen.

Auch deshalb haben sich die Freien Demokraten für eine Stärkung der Kinder- und Jugendpartizipation eingesetzt und mit dem Zweiten Gesetz

zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes (BezVG) auch einen Gesetzesvorschlag vorgelegt. Ziel war es, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungen flächendeckend zu fördern und einen einheitlichen Mindeststandard bei der Umsetzung des §33 BezVG zu erreichen.

Dieser Paragraph regelt, dass ein Bezirksamt bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen muss.

Stichwort: **Armut von Kindern und Jugendlichen: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich entgegen zu treten und für mehr Chancengleichheit zu sorgen?**

SPD: »Chancengleichheit« oder Chancengerechtigkeit hängt sehr stark ab von Bildungsgerechtigkeit – und Bildung beginnt mit früher Bildung. Und frühe Bildung sowie die in Hamburg sehr umfassenden Rechtsansprüche auf weitestgehend beitragsfreie Kindertagesbetreuung (»Kita«) ermöglichen es Frauen und Männern, einer Aus- oder Weiterbildung, einem Studium oder einer Beschäftigung nachzugehen. Kindern wie Eltern den Zugang zu früher Bildung bzw. zu Bildung und Beschäftigung zu sichern, ist grundlegend zur Verhinderung gesellschaftlicher Spaltung.

Im Einzelnen: Die Zahl der Kinder in frühkindlicher Bildung und Betreuung ist seit 2011 – mit der Regierungsübernahme durch die SPD – deutlich gestiegen, die Ausgaben haben sich mehr als verdoppelt: Nach etwa 390 Mio. Euro im Jahr 2010 sind mit dem Haushalt 2019/2020 jährlich jeweils rund eine Milliarde Euro veranschlagt. Die »Gesamtzahl« der betreuten Kinder im Alter »Krippe und Elementar« (Kitas, Kindertagespflege und Vorschulklassen) lag 2010 bei 64.066 und 2018 bei 89.147 – ein Anstieg um über 25.000 Kinder. Waren es 2010 noch 902 Kitas im Kita-Gutschein-System, so sind es aktuell 1132–230 Kitas mehr – Erweiterungen bestehender Kitas nicht mitgezählt. Diese Entwicklung ist aktuell weiterhin sehr dynamisch.

Ergebnis: Noch nie haben in Hamburg so viele Kinder so früh und so lange von frühkindlicher Bildung profitiert wie heute – ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Diese Entwicklung hat bereits zu besseren Sprachkenntnissen und Startchancen bei der Einschulung geführt.

Wir werden unser Schulbauprogramm dafür nutzen, 40 weitere Schulen zu bauen und überall dort, wo die Flächensituation es möglich macht, in den kommenden fünf Jahren auf den neuen Schulgeländen Kitas errichten, die mehr als 5.000 neue Kitaplätze zur Verfügung stellen. Darüber hinaus werden wir weiterhin dafür sorgen, dass in allen Neubaugebieten, die Kitaversorgung von

Anfang an mitgeplant wird. Das gleiche gilt für neue Wohnungsbauvorhaben in der inneren Stadt. Hamburgs Schulen haben sich zu Orten entwickelt, an denen Kinder und Jugendliche nicht nur fachlich gut ausgebildet werden, sondern auch ein gutes soziales und demokratisches Miteinander, Gemeinschaft und Rücksicht lernen. In einer Gesellschaft mit wachsenden wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, sprachlichen und politischen Fliehkräften haben unsere Schulen eine besondere Bedeutung als Orte der Begegnung, der Erziehung sowie der Vermittlung, Vergewisserung, Reflexion und Einübung von gemeinsamen Werten. Deshalb haben wir seit 2011 dafür gesorgt, dass alle Hamburger Schulen ihren Schülerinnen und Schülern eine kostenlose und qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung bieten.

Mit den zusätzlichen Ganztagsangeboten haben Kinder und Jugendliche mehr Zeit zum Lernen. Diese Zeit wollen wir künftig stärker für zusätzliche Lernangebote und Hilfe bei den Schulaufgaben nutzen und so Eltern, die das wünschen, von der Hausaufgabenhilfe zu Hause entlasten. Hausaufgaben sollen künftig zu »Schulaufgaben« werden und nachmittags in der Schule unter pädagogisch qualifizierter Anleitung erarbeitet werden. Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen haben besonders anspruchsvolle pädagogische Aufgaben. Deshalb bekommen diese Schulen schon jetzt deutlich mehr Lehrkräfte, um mehr Förderstunden, kleinere Klassen und eine nachhaltige Schulqualitätsentwicklung zu organisieren. Dieses Unterstützungsprogramm wollen wir in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung weiter ausbauen. Zusätzlich wollen wir das Schulesen in diesen Schulen für alle Kinder kostenlos anbieten, um die Attraktivität der Schulen zu erhöhen und die Eltern zu entlasten.

Wer auf dem Weg ins Berufsleben ist, braucht Wohnraum als Grundlage für den Start in diesen wichtigen neuen Lebensabschnitt. Wir schaffen Wohnungsmöglichkeiten für Auszubildende und

setzen, gemeinsam mit Trägern wie z. B. dem Azubiwerk, alle Anstrengungen zur Schaffung von Wohnheimen für Auszubildende fort. Wir wollen erreichen, dass in der nächsten Dekade hamburgweit mindestens 2.500 neue Wohnheimplätze entstehen. Wir wollen eine eigene Förderrichtlinie für wohnbegleitende Beratung für Azubiwohnheime schaffen. Ausbildung und selbstständiges Wohnen sind hier ebenfalls ein Baustein zu gesellschaftlicher Teilhabe – und damit gegen Spaltung.

Das gilt für junge Menschen generell – ob nun als Auszubildende, als Studentinnen und Studenten oder als junge Beschäftigte: Seit 2011 konnten rund 60.000 neue Wohnungen gebaut werden. Viele Hamburgerinnen und Hamburger haben seitdem in diesen Wohnungen ein neues Zuhause gefunden. Wir werden nicht nachlassen und weiterhin für 10.000 Wohnungen pro Jahr Baugenehmigungen erreichen. Hamburg sollen sich alle leisten können. Dazu gehört, dass es genügend bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt gibt. In Zukunft wollen wir den Bau geförderter Wohnungen steigern und dabei schrittweise auf jährlich 4.000 Sozial- und Hamburg-Wohnungen (8 Euro pro Quadratmeter Miete) kommen.

Gesellschaftliche Spaltung zu verhindern und vielmehr Teilhabe zu fördern, hat weitere Aspekte, dazu zählt natürlich Mobilität: Wir wollen ein gemeinsames Tarifangebot für Fach- und Berufsschülerinnen und -schüler sowie Auszubildende schaffen, damit diese für 365 Euro im Jahr im HVV-Großbereich mobil sein können: das HVV-Jugendticket. Es ergänzt das Semesterticket, das für Studentinnen und Studenten gilt. Darüber hinaus werden wir die Schülerinnen und Schüler in der kommenden Legislaturperiode schrittweise von den Kosten des ÖPNV befreien und ein kostenloses HVV-Schülerticket einführen. So können junge Menschen aktiver und eigenständiger unterwegs sein – und das kostenlos, umweltbewusst und nachhaltig sowie unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern! Das wollen wir als SPD unterstützen.



Mit unserer umfassenden Sportförderung wollen wir attraktive, wohnortnahe, leicht zugängliche und bezahlbare, vielfach kostenlose Sportangebote schaffen und möglichst viele Hamburgerinnen und Hamburger zur Bewegung motivieren. Deshalb haben wir die Investitionen in die Sportanlagen seit 2011 auf einen Höchststand von mehr als 60 Millionen Euro jährlich gesteigert. Zudem wollen wir die kostenfreien Sportmöglichkeiten im öffentlichen Raum ausbauen und Schritt für Schritt ein flächendeckendes Parksportangebot für Hamburg schaffen. Uns ist zudem wichtig, dass die öffentlichen Schwimmbäder (Bäderland) für alle zu erschwinglichen Eintrittspreisen offenstehen. Deshalb werden wir den Beginn der kommenden Wahlperiode nutzen, um die Eintrittspreise (Tarifstruktur) für die Schwimmbäder von Bäderland Hamburg sozial- und familienfreundlich zu überarbeiten und auszugestalten.

Die hier genannten Beispiele zeigen, dass wir auch die Verhinderung gesellschaftlicher Spaltung als Querschnittsaufgabe verstehen und wir auf den zahlreichen Politikfeldern weiter daran arbeiten werden, gesellschaftliche Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen sowie für ihre Familien zu ermöglichen.

Bündnis 90/ Die Grünen: Wir wollen allen Kindern ein gutes Aufwachsen in Hamburg ermöglichen. Dazu gehören gute Bildung von Anfang an, ein gesundes Wohn- und Lebensumfeld, eine hohe Verkehrssicherheit, gute Schulen, Freiräume, Spielplätze, Zukunftschancen und Erwachsene, die Kinder und Jugendliche in ihren Bedürfnissen und Anliegen ernst nehmen. Kinder und Jugendliche haben genauso legitime Interessen wie Erwachsene, und doch ist ihre Möglichkeit, diese Interessen für die Politik hör- und sichtbar zu artikulieren, deutlich geringer. Wir GRÜNEN glauben, dass insgesamt die Bedingungen für das

Aufwachsen in Hamburg gut sind. Doch wir wollen sie noch besser machen. Noch immer leben in Hamburg um die 25 % der Kinder in Armut. Immer noch entscheidet zu oft die soziale bzw. die ökonomische Herkunft über Bildungs- und Aufstiegschancen. Das ist ein bundesweites Problem. Deshalb fordern wir GRÜNEN auf Bundesebene auch eine Kindergrundsicherung – damit es nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt, ob Kinder mit guten Chancen ins Leben starten. Hamburg soll sich daher in den kommenden Jahren im Bund dafür einsetzen, dass eine Kindergrundsicherung eingeführt wird, die Familien das Leben leichter macht und allen Kindern das garantiert, was sie zum Leben brauchen. Sie soll automatisch und ohne kompliziertes Antragsverfahren ausgezahlt werden. Und hier kann Hamburg auch noch besser werden und Eltern die Antragstellung leichter machen. In Bremen wurde dazu das Projekt ELFE (Einfache Leistungen für Eltern) ins Leben gerufen. ELFE sieht eine Digitalisierung der Anträge vor, die nach der Geburt eines Kindes anfallen. Quasi per Mausklick können Geburtsurkunde, Kindergeld, Kinderzuschlag und Elterngeld beantragt werden. Hamburg ist auch schon erste Schritte in Richtung Digitalisierung der Beantragung gegangen, doch wir wollen schneller und besser werden und daher prüfen, ob das Projekt ELFE auch für Hamburg geeignet ist.

Mit dem Hamburger Modell einer gebührenfreien Grundbetreuung inklusive Mittagessen in den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung geht die Stadt einen wichtigen Weg für mehr Chancengerechtigkeit von Anfang an. Alleinerziehende wollen wir künftig noch besser unterstützen, indem sie auch ohne eine entsprechende Berufstätigkeit einen 8-Stunden-Kitagutschein beantragen können. Weiter wollen wir prüfen, wie wir auch arbeitssuchende Eltern durch höhere Kitagutscheine noch besser unterstützen können und wollen die Inanspruchnahme des Prio10-Gutscheines

stärken. Immer mehr Kitas machen tolle Zusatzangebote wie z. B. Englisch oder Musik, die allerdings kostenpflichtig für die Eltern sind, wobei den Kosten nach oben bislang keine Grenze gesetzt ist. Kein Kind sollte in den Kernbetreuungszeiten dauerhaft von besonderen Angeboten ausgeschlossen werden, deshalb wollen wir diese Zusatzgebühren beschränken und dazu entsprechende Vereinbarungen mit den Trägern entwickeln. Dass zunehmend Kitas für das ganz normale Regelangebot Zusatzbeiträge erwarten, wollen wir zukünftig unterbinden.

CDU: Reine Geldleistungen helfen Familien nicht nachhaltig aus der Armut. Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hat in den letzten Jahren viele Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut auf den Weg gebracht: Dabei wird auf einen gezielten Maßnahmenmix gesetzt: Eltern in eine gute Erwerbstätigkeit bringen sowie eine gute und verlässliche Kinderbetreuung sicherstellen, die finanzielle Unterstützung und eine Verbesserung des Bildungs- und Teilhabeangebotes.

Mit dem kürzlich beschlossenen Familienstärkungsgesetz hat die CDU/CSU-geführte Bundesregierung eine Neugestaltung des Kinderzuschlags und die Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) auf den Weg gebracht. Gerade die Familien, die hart arbeiten, bei denen das Geld aber trotzdem kaum reicht, um über die Runden zu kommen, werden spürbar mehr Geld zur Verfügung haben. Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hat nicht nur dafür gesorgt, dass Kinderzuschlag und das Bildungs- und Teilhabepaket erhöht und erweitert wurden, sie hat die Leistungen auch umfangreich entbürokratisiert. Den Kinderzuschlag können Eltern künftig auch online beantragen. Für das Bildungs- und Teilhabepaket bedarf es – bis auf die Lernförderung – keines zusätzlichen Antrages mehr. Dadurch werden mehr Familien erreicht und die 30 %, die den Kinderzuschlag bislang nur in Anspruch genommen haben, können durch eine viel höhere Zahl ersetzt werden; Ziel sind natürlich 100 %. Ein weiterer Schritt wird die Digitalisierung der Familienleistungen sein. Mit Kinderfreibetrag, Kindergeld und Kinderzuschlag haben wir daher in Deutschland bereits eine funktionierende Grundsicherung für Kinder, die dank der CDU seit Jahren deutlich ansteigt.

Allein in Hamburg waren im August 2017 insgesamt 78.326 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene für das Bildungs- und Teilhabepaket leistungsberechtigt. Davon über 50.000 unter 15 Jahre. Sie müssen nun keinen Eigenanteil mehr für das gemeinschaftliche schulische Mittagessen bezahlen, genauso wenig wie für die Schülerbeförderung. Weiterhin gibt es für den Sportverein oder den Musikunterricht künftig monatlich nicht nur 10 Euro, sondern 15 Euro.

Dieses Teilhabepaket wird in einigen Kreisen jedoch sehr selten in Anspruch genommen, obwohl

die Anträge unkompliziert und einfach beim Jobcenter oder Sozialamt zu erhalten sind. Zur besseren Bekanntmachung des Teilhabepakets wollen wir als CDU, dass punktuell auch in den Schulen über diese Form der Unterstützung informiert werden soll. So sollen auch Lehrer bei betreffenden Schülern und deren Eltern direkt auf solche Angebote aufmerksam machen. Die Sportlehrerin, die die Leidenschaft für Handball ihrer Schülerin erkennt oder der Musiklehrer, der die Liebe für Musik bei seinem Schüler entfacht, sollen sensibilisieren, damit jedem Kind ermöglicht werden kann, am sozialen und kulturellen Leben teilzunehmen. Hierfür müssen auch die Lehrer weiter sensibilisiert werden. Ferner muss das BuT in Kampagnen besser medial verbreitet werden.

DIE LINKE: Der kommende Senat ist aus Sicht der Partei DIE LINKE aufgefordert, ein systematisches Armutsbekämpfungsprogramm aufzulegen, das Handlungsempfehlungen zu den Bereichen a. frühkindliche Bildung, b. Schule, c. Freizeit, Kultur, Sport, d. Wohnen und Sozialräume, e. Familie und f. Gesundheit erarbeitet.

Ein solches Programm ist notwendig, um die Würde der Kinder und Jugendlichen nach § 1 Sozialgesetzbuch VIII zu garantieren, indem »junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung« gefördert werden und damit »dazu beigetragen wird, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen«. So weist die

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) richtigerweise darauf hin, dass wesentliche Beteiligungsrechte aus der UN-Kinderrechtskonvention für alle Kinder gesichert werden müssen. Auch die zentrale Aussage im bisherigen Koalitionsvertrag, Hamburg »zur kinderfreundlichsten Stadt Deutschland« zu machen, kann ohne so ein Programm nicht umgesetzt werden. Andere Bundesländer wie das Bundesland Brandenburg haben Runde Tische eingerichtet. Hamburg zeigt bis jetzt keine systematischen Ansätze, dort aktiv zu werden. Es fehlt an Gästewohnungen und Notschlafplätzen für Jugendliche und Jungerwachsene. Es muss für das Frühstück in den Kitas immer noch zugezahlt werden. Die offene Kinder- und Jugendarbeit muss endlich so abgesichert werden, dass die Einrichtungen auch bei Urlaub, Fortbildung oder Krankheit für die Kinder und Jugendlichen geöffnet sein können. Die Beratungs- und Nachbarschaftsangebote für Familien und ihre Kinder müssen vor dem Hintergrund der Armutsentwicklung und Armutsverfestigung in bestimmten Hamburger Stadtteilen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dazu ist der vom Senat betriebene Ausbau von Eltern-Kind-Zentren nicht in allen Stadtteilen ausreichend und zielführend. Der umfassende Beratungsanspruch und die Möglichkeiten selbst aktiv zu werden und nachbarschaftlich zusammen zu kommen, brauchen den Ausbau der Kinder- und Familienzentren.

FDP: Wir Freie Demokraten wollen Kinderarmut

bekämpfen und deshalb Kinder in den Mittelpunkt der familienpolitischen Förderung rücken. Dazu wollen wir die bisher den Eltern zustehenden, kindesbezogenen Leistungen zu einem »Kindergeld 2.0« zusammenfassen und damit einen eigenständigen Anspruch des Kindes schaffen.

Der Strauß der kindesbezogenen Leistungen wird zu einem Leistungspaket gebündelt und von einer zentralen Stelle ausbezahlt. Dieses »Kindergeld 2.0« besteht aus folgenden Komponenten:

Dem einkommensunabhängigen Grundbetrag, dem einkommensabhängigen Kinder-Bürgergeld (Flexibetrag), das die wirtschaftliche Situation der Eltern berücksichtigt, und den Gutscheinen für Leistungen für Bildung und Teilhabe. Darüber soll zum Beispiel die Mitgliedschaft im Sportverein oder das Erlernen eines Musikinstrumentes in einer Musikschule unbürokratisch möglich sein. Diese Neuregelung des Kindergeldes soll sicherstellen, dass die Leistungen auch bei den Kindern ankommen. Falls Erziehungsberechtigte hier Geld zweckentfremden, ermöglicht der eigenständige Anspruch des Kindes, das Geld anderweitig verwalten zu lassen, zum Beispiel von Verwandten oder dem Jugendamt. Zudem fallen durch die Bündelung der Leistungen unnötige bürokratische Hemmnisse weg.

Stichwort: Stärkung der Jugendverbände in Hamburg: Wie stehen Sie zur Forderung des Landesjugendrings Hamburg, den Jugendverbandsetat um 750.000 € zu erhöhen? Wie wollen Sie das freiwillige Engagement insbesondere von jungen Menschen stärken und fördern?

SPD: Auf Basis eines Antrags der Fraktionen von SPD und Grünen hat die Bürgerschaft die Mittel für die Jugendverbandsarbeit von 2.751.000 Euro pro Jahr (Ansatz im Haushalt 2017/2018) um weitere 200.000 Euro pro Jahr auf insgesamt 2.951.000 Euro pro Jahr erhöht (Ansatz im Haushalt 2019/2020). Eine weitere Erhöhung kann erst im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung für die kommenden Jahre erwartet werden.

Zum freiwilligen Engagement: Mehr als 550.000 Hamburgerinnen und Hamburger – oftmals junge und ältere Menschen gemeinsam – engagieren sich in ihrer freien Zeit für das Zusammenleben in unserer Stadt. Sie alle machen mit ihrem Einsatz für ihren Stadtteil, für Kinder, für Jugendliche oder für alte Menschen, in den Bereichen Sport, Naturschutz, Kultur oder bei einer Hilfsorganisation Hamburg zu einer lebenswerten Metropole. Gerade junge Initiativen sind auf Orte der Zusammenkunft angewiesen. In einer so attraktiven Stadt wie Hamburg sind

Räumlichkeiten ein besonders rares Gut. Wir wollen die vielen ehrenamtlich und zivilgesellschaftlich Aktiven deshalb mit einem Haus des Engagements unterstützen. An einem etablierten Ort im Herzen der Stadt wie dem Museum für Hamburgische Geschichte werden wir die Nutzung von Räumlichkeiten für Arbeitsgruppen oder größere Versammlungen ermöglichen. So stärken wir zivilgesellschaftliches Engagement von Anfang an nachhaltig.

Hamburg ist eine freie und weltoffene Stadt, in der Vielfalt gelebt und geschätzt wird. Es gehört zu unserem Grundverständnis, Toleranz und demokratisches Miteinander als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen und zu fördern. Viele Menschen in unserer Stadt engagieren sich auf unterschiedlichen Ebenen gegen rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen. Wir wollen dieses Engagement ausdrücklich unterstützen. Wir werden Präventions- und Beratungsprojekte verstetigen und weiter stärken.

Auch beim Sport gilt: Hamburg ist die Hauptstadt des ehrenamtlichen Engagements. Wir wollen das Ehrenamt im Sport noch attraktiver machen. Dazu gehört, für die Ehrenamtlichen, für die Trainerrinnen und Trainer sowie Übungsleiterinnen und Übungsleiter mehr Anerkennung zu erreichen. Wir wollen uns im Bund dafür einsetzen, dass die steuerliche Übungsleiter- und Ehrenamtszuschüsse angehoben sowie weitere Verbesserungen und Erleichterungen im Gemeinnützigkeitsrecht erfolgen. Davon profitiert der Sport, aber eben auch die vielen tausend anderen Ehrenamtlichen in unserer Stadt – ob alt oder noch jung.

Bündnis 90/Die Grünen: Die Jugendverbandsarbeit schafft abseits von Institutionen und Elternhaus Räume für Selbsterfahrung und Selbstorganisation von Interessen, die durch die flächendeckenden Ganztagsangebote noch stärker als bisher auf eine gute Kooperation mit



Anzeige

LEIDER
GEIL!

WIR MACHEN DAS BESTE
AUS DEINEN IDEEN.



printarena

www.printarena.de

Schulen angewiesen ist, und für die wir mehr Ressourcen bereitstellen wollen. Auch in diesen Bereichen wollen wir noch mehr für die Stärkung von Kinderschutz und Kinderrechten tun, um Erwachsene und Kinder in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit zu empowern.

CDU: Jugendverbände sind wichtige Orte zivilgesellschaftlichen Engagements. Junge Menschen gestalten dort gemeinsam und selbstorganisiert Zeit und Angebote für sich und andere. Sie übernehmen Verantwortung, vertreten ihre Interessen und setzen Projekte und Angebote um. Jugendverbände legen auch das Fundament für späteres, freiwilliges Engagement.

In Jugendverbänden eignen sich Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene Wissen, Werte, Eigenverantwortung und Sozialkompetenz an und lernen Partizipations- und Demokratieprozesse kennen. Um junge Menschen weiterhin für die Demokratie zu begeistern, bedarf es vermehrt des Engagements wie das der Jugendverbände. Die sinnvolle und notwendige Arbeit der Jugendverbände muss daher aus unserer Sicht

aufrechterhalten und leicht ausgebaut werden. Daher hat die CDU-Bürgerschaftsfraktion in den letzten Haushaltsberatungen einen Antrag (Drucksache 21/15261) in die Bürgerschaft eingebracht, der die Erhöhung des Jugendverbands-etats für die beiden Haushaltsjahre 2019 und 2020 um insgesamt 600.000 Euro vorgesehen hat. Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD und GRÜNEN abgelehnt. An den Plänen der Erhöhung hält die CDU auch weiterhin fest.

DIE LINKE: Die Forderung, Jugendverbände zu stärken und den Etat des Landesjugendringes zu erhöhen, unterstützt die Partei DIE LINKE. Dazu hatte DIE LINKE in der Vergangenheit schon mehrmals Haushaltsanträge gestellt. Weitere Ausführungen siehe auch in unserer Antwort auf das Stichwort: Jugendbeteiligung.

FDP: Wir Liberale stehen für eine eigenständige Jugendpolitik. Wir setzen auf eine starke Jugendhilfe und eine starke Jugendarbeit, insbesondere durch starke Jugendverbände, die jungen Menschen Chancen auf Teilhabe eröffnet und ihre Potentiale fördert und ausbaut.

Die FDP steht aber auch für eine verantwortungsvolle Haushalts- und Finanzpolitik ohne neue Schulden, um Handlungsspielräume jetziger und künftiger Generationen zu sichern.

Anpassungen der Höhe der Jugendverbandsförderungen müssen daher stets mit Augenmaß erfolgen. Durch das Bevölkerungswachstum ist auch die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Hamburg in den letzten Jahren gestiegen. Eine Anpassung der Förderung hat daher grundsätzlich eine Diskussionsgrundlage. Wichtig ist uns aber auch, die Förderkriterien für Jugendverbände klarer zu fassen und transparenter zu machen. Gegebenenfalls wäre dies ein sinnvoller, erster Schritt.

Wahlinfos

Was steht zur Wahl?

Am 23. Februar 2020 wird die Hamburgische Bürgerschaft neu gewählt. Zu den wichtigsten Funktionen der gewählten Volksvertretung zählen die Gesetzgebung, die Kontrolle des Senats, die Wahl der Ersten Bürgermeisterin bzw. des Ersten Bürgermeisters sowie der Mitglieder des Hamburgischen Verfassungsgerichts und die Bestätigung der Senatorinnen und Senatoren. Zudem verfügt die Bürgerschaft über das sogenannte Budgetrecht, d.h. sie beschließt den Hamburger Haushalt.

Da Hamburg ein Stadtstaat ist – ein Bundesland und zugleich eine Kommune, nimmt die Bürgerschaft auch kommunalpolitische Aufgaben wahr.

Welche Parteien wurden zur Wahl zugelassen?

Der Landeswahlausschuss hat im Dezember 2019 folgende 15 Landeslisten zur Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft zugelassen (in alphabetischer Reihenfolge):

1. Aktion Partei für Tierschutz – Das Original (Tierschutz hier! Hamburg)
2. Alternative für Deutschland (AfD)
3. Bündnis 90 / Die Grünen (Grüne)
4. Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
5. Die Linke
6. Freie Demokratische Partei (FDP)
7. Freie Wähler
8. Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)
9. Partei der Humanisten (Die Humanisten)
10. Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die Partei)
11. Partei für Gesundheitsforschung (Gesundheitsforschung)
12. Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei)
13. Piratenpartei Deutschland (Piraten)
14. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
15. Volt Deutschland Landesverband Hamburg (Volt Hamburg)

Wer darf wählen?

Wahlberechtigt sind alle Hamburger/innen, die am Wahltag mindestens 16 Jahre alt sind, seit mindestens drei Monaten in Hamburg wohnen und die deutsche Staatsangehörigkeit haben. (Es gibt aber nach § 7 des Bürgerschaftswahlgesetzes auch die Möglichkeit eines Ausschlusses vom Wahlrecht. Das sind beispielsweise Menschen, die entmündigt wurden oder infolge eines Richterspruchs das Wahlrecht nicht mehr besitzen.)

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendringes Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder. • **Redaktion:** Jürgen Garbers und Carlo Klett • **Layout**

und Gestaltung: Rebekka Posselt • **Fotos:** (soweit nicht namentlich angegeben) Jürgen Garbers (LJR). •

V.i.S.d.P.: Fatih Ayanoglu c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

• **Verlag:** Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: (040) 31 79 61 14; Fax:

(040) 31 79 61 80; info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de. • **Auflage:** 2.200 Exemplare • **punktum** wird gefördert

mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. •

Druck: eurodruck, Schnackenburgallee 158, 22525 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

Die Bürgerschaftswahl im Netz

- **121 Abgeordnete der ablaufenden Legislaturperiode der Bürgerschaft**
www.hamburgische-buergerschaft.de/abgeordnetenseite
- **Abgeordnetenwatch**
www.abgeordnetenwatch.de/hamburg
- **Briefwahl beantragen**
www.hamburg.de/wahlen/4404664/briefwahl-art
- **Bürgerschaftsabgeordnete: Gewählte und Nachrücker**
www.hamburg.de/buergerschaftswahl/4464818/gewahlteundnachruecker
- **Bürgerschaftswahlgesetz und Hamburgische Bürgerschaftswahlordnung**
www.hamburg.de/buergerschaftswahl/12272224/rechtsgrundlagen-buew
- **Ergebnisse vorangegangener Wahlen in Hamburg**
<https://historische.wahlen-hamburg.de>
- **FAQ zur Bürgerschaftswahl**
www.hamburg.de/buergerschaftswahl/13338162/faq-buergerschaftswahl
- **Fraktionen der ablaufenden Legislaturperiode der Bürgerschaft**
www.hamburgische-buergerschaft.de/fraktionen
- **Geschichte der Hamburgischen Bürgerschaft**
www.hamburgische-buergerschaft.de/geschichte
- **Kandidatencheck**
<https://kandidatencheck.ndr.de/>
- **Kartenbestellung zum Besuch einer Plenarsitzung in der Hamburgischen Bürgerschaft**
www.hamburgische-buergerschaft.de/kartenbestellung
- **Landeswahlamt Hamburg**
www.hamburg.de/landeswahlleitung
- **Landeswahlleitung und Bezirkswahlleitungen**
www.hamburg.de/wahlleitungen-buergerschaftswahl
- **Literatur zu den Themen: Rathaus, Bürgerschaft, Senat, Bezirksversammlung und Wahlen in Hamburg**
www.hamburg.de/buergerschaft-bezirk-senat
- **Mediathek der Hamburgischen Bürgerschaft**
<https://mediathek.buergerschaft-hh.de>
- **Muster-Stimmzettel**
www.hamburg.de/buergerschaftswahl/13397366/muster-stimmzettel-2020
- **Offizielle Website der Hamburgischen Bürgerschaft**
www.hamburgische-buergerschaft.de
- **Offizielle Wahlseite der Stadt Hamburg**
www.hamburg.de/buergerschaftswahl
- **Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft**
www.buergerschaft-hh.de/parldok
- **Umfragen zur Bürgerschaftswahl (Übersicht)**
www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/hamburg.htm
- **Wahlbezirke und Zuordnungen**
www.statistik-nord.de/wahlen/wahlen-in-hamburg/buergerschaftswahlen/2020
- **Wahlen in Hamburg**
www.hamburg.de/wahlen
- **Wahl-O-Mat**
www.wahl-o-mat.de/hamburg2020

Wähl' doch!



Wahlaufruf des Landesjugendrings Hamburg zur Bürgerschaftswahl

Hey Du, wahrscheinlich hast Du auch schon mitbekommen, dass am 23. Februar 2020 die Hamburger Bürgerschaft neu gewählt wird. Du fragst Dich bestimmt manchmal: »Was habe ich damit zu tun?« oder »Macht meine einzelne Stimme überhaupt was aus?«

Die Antwort ist ganz einfach: »Ja, Deine Stimme ist wichtig und macht einen Unterschied!« Klar, im Dschungel der Politik kann es schwer sein, den Überblick zu bekommen und zu behalten. Daher haben wir uns Fragen an fünf Parteien überlegt. Ihre Antworten findest Du in dieser punktum-Ausgabe. Damit möchten wir Dich unterstützen, Dir eine eigene Meinung zu bilden. Denn »Meinungsfreiheit« bedeutet nicht meinungsfrei zu sein.

Das Wichtigste ist aber, dass Du zur Wahl gehst. Jede abgegebene Stimme ist auch eine Stimme für die Demokratie und den Rechtsstaat – zwei Güter, über die wir uns freuen und die wir verteidigen müssen. An zu vielen Stellen dieser Erde kämpfen Menschen dafür, zu einer freien Wahl gehen zu können. Hier in Hamburg kannst Du sogar schon ab 16 Jahren wählen. Nutze Deine Stimme, denn dann gestaltest Du aktiv Deine Zukunft mit und zeigst »den Alten«, dass junge Menschen Demokratie leben.

Fatih Ayanoğlu, Sören Behn, Michael Gischkat, Natalie Hischke, Eric Alexander Paasburg und Pascal Peisker

Vorsitzende des Landesjugendrings Hamburg